

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner AfD**

vom 15.06.2021

- mit Drucklegung -

Kinderrechte im Grundgesetz – Unverhältnismäßige Eingriffe des Staates?

In der 11. Sitzung der Kinderkommission am 10. Juni 2021 berichtete das Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales zum Thema "Kinderrechte ins Grundgesetz".

In der sich anschließenden Diskussionsrunde wurden meine Fragen zum Thema leider mit dem Hinweis abgewiesen, dass das Staatsministerium hierfür nicht zuständig sei.

Ich frage daher die Staatsregierung erneut:

1.1 Sieht die Staatsregierung schon eine Kindeswohlgefährdung, wenn die Eltern sich gegen eine Impfung gegen Covid-19 bei ihren Kindern entscheiden?

1.2. Wenn ja, wird in solchen Fällen eventuell sogar der Kindesentzug angeordnet?

2. Wie stellt sich die Situation dar, wenn von Seiten der Eltern staatliche Maßnahmen und Vorgaben zu den Themen Klimaschutz, Migration, Green Deal, etc. kritisiert werden?

3.1 Wird sich die Staatsregierung explizit für die Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz einsetzen, obwohl zahlreiche Verfassungsrechtler das Vorhaben ebenfalls kritisch sehen und als „Symbolpolitik“ bezeichnen, da Kinder ohnehin Grundrechtsträger sind?

3.2 Wenn ja, welchen Mehrwert erhofft sich die Staatsregierung von den Kinderrechten im Grundgesetz?